



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Dezember 2020

St. Pauli Walk of Shame



Am Samstag, den 21. November protestierten ca. 600 AnwohnerInnen gegen die Baupolitik des Senats
siehe auch Artikel auf S. 4, Foto: -ena

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Mittwoch, 30.12.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Vorbereitung Bundestagswahl	S. 2
KandidatInnensuche	S. 3
Walk of Shame	S. 4
Aktionstag Frieden 5.12.	S. 4
Mitgliedertreffen 13.12.	S. 5
Wohnungsumwandlungen trotz sozialer Erhaltungsverordnung	S. 5
Wer sich nicht wehrt ...	S. 7
Corona + Gewaltmonopol	S. 8
Termine / Kontakt	S. 9

Vorbereitung Bundestagswahl

Liebe Genossinnen und Genossen, der Vorstand ist mittendrin in der Vorbereitung der parteiinternen Wahlen für die Bundestagswahl 2021. Diese Wahl steht diesmal für uns in Hamburg-Mitte nicht im Zeichen des Murmeltieres, denn die politische Landschaft hat sich stark verändert. Die in Mitte bisher starken Parteien SPD und Grüne sind angeschlagen. Ein kleines Erdbeben erschütterte den SPD-Verband Hamburg-Mitte. Der neoliberale Murmeltier Kandidat für diesen Wahlkreis J. Kahrs (ehemals Sprecher des Seeheimer Kreises etc.) hat sich komplett verabschiedet. Wer sein Nachfolger wird steht bis jetzt noch nicht fest. Die Grüne Bezirksfraktion hat sich durch Intrigen in Zusammenhang mit der Bezirkswahl 2019 zerlegt und ist zu einem Drittel in die SPD Bezirksfraktion gewechselt, was einem Betrug an den Wählern gleichkommt. Ihr damaliger Anführer M. Osterburg ist inzwischen nach Skandalen um seine Person aus der Partei ausgetreten. Dies Alles bietet uns die Chance durch die Aufstellung einer starken Kandidatin oder eines starken Kandidaten im Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte) gegenüber den „Großen Parteien“ Boden gut zu machen.

Wir rufen deshalb alle Genossinnen und Genossen, die sich diese Kandidatur zutrauen, auf, sich hier in der Januar Ausgabe des Mit-

So., 14.02.	Fortsetzung 1. Tagung 7. Landesparteitag: Forts. Wahl Landesvorstand, Landesfinanzplan 2021
Fr., 19.02.	vier Wochen vor LVV
Fr., 26.02.	Bundesparteitag: Diskussion Online
Sa., 27.02.	Bundesparteitag: Neuwahl Parteivorstand Wilhelmsburg
Fr., 19., bis So., 21.03.	Vorzugstermin LVV Landesliste zur BTW 2021 (1,5 Tagungstage)

Wir werden möglichst bald mitteilen, wann die Wahlkreis Versammlung stattfinden kann.

Die Wahl der VertreterInnen in Hamburg-Mitte für die Landesvertreter Versammlung zur Aufstellung der Liste für BTW 21 ist für den 30.1. und 31.1. im Kulturpalast Hamburg-Billstedt in Zeit von 10:00 – 19:00 geplant.

teNnung zu bewerben oder sich mit einer Bewerbung an den Bezirksvorstand zu wenden.

Der Wahlkreis 18 besteht aus den folgenden Stadtteilen (siehe auch Grafik S. 3):

- Vom Bezirk Hamburg-Mitte
 - die Stadtteile Billbrook, Billstedt, Borgfelde, Finkenwerder, HafenCity, Hamburg-Altstadt, Hammerbrook, Hamm, Horn, Insel Neuwerk, Kleiner Grasbrook, Neustadt, Rothenburgsort, St. Georg, St. Pauli, Steinwerder, Veddel, Waltershof
 - (Übriger Bezirk siehe Wahlkreis 23)
- vom Bezirk Hamburg-Nord
 - die Stadtteile Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst

Angedacht ist vom Vorstand die Wahlkreis Versammlung unserer Partei zur Wahl einer Direktkandidatin oder eines Direktkandidaten um den 23.1.2021 herum stattfinden zu lassen. Dies scheitert bisher noch an einem geeigneten Raum. Für den 6.2.2021 wurde schon ein Raum gefunden. Dies würde jedoch zu einer stärkeren Belastung für einige GenossInnen führen, wie man dem vorliegenden Rahmenterminplan des Landesverbandes entnehmen kann.

In Erwartung auf einen engagierten und erfolgreichen Bundestagswahlkampf.

Wolfgang Strauß
i.A. Bezirksvorstand DIE LINKE Hamburg-Mitte

P.S. Bitte beachtet auch den Artikel zum Thema BTW der Genossinnen und Genossen aus dem Bezirksverband Nord, die unserem Wahlkreis angehören (S. 3)



Ein/e profilierte/r Kandidat*in für den Bundestagswahlkreis!

Nächstes Jahr stehen Bundestagswahlen an. Nachdem sich die Grünen schon vom „Kleinen Paten von Mitte“ (Michael Osterburg) auf Bezirksebene vor nunmehr anderthalb Jahren getrennt haben und mit den Nachwehen die Landespartei noch einige Zeit zu schaffen haben wird, ist vor einiger Zeit auch bei der SPD „der Pate von Mitte“ (Johannes Kahrs) von allen Ämtern zurückgetreten. Ihn sehen wir vielleicht in der Causa Cum-Ex-Geschäfte einer Hamburger Privatbank und den Verstrickungen der Landes-SPD noch mal wieder...



Ich habe fertig

Noch mal wieder sehen wir ihn aber nicht als Dauer-MdB im Wahlkreis Hamburg-Mitte. Da hat er das Feld für andere, vermutlich den jetzigen Bezirksamtsleiter Falko Droßmann, frei gemacht. Aber noch ist in der SPD nichts entschieden, auch eine der ex-Grünen-Zugänge von gleich nach der Bezirkswahl von vor 2 Jahren, muss

nicht chancenlos sein. Auch gibt es hier wahrscheinlich noch Mitbewerber, die sich Chancen ausrechnen. Was die ja weiter hoch eingeschätzten Grünen im Wahlkreis Hamburg-Mitte reißen, man wird es erst im nächsten Jahr wissen...

Was man sich denken kann: Die Karten im Wahlkreis werden neu gemischt und wir sollten mitmischen wollen. Aber was geht das die Gruppensprecher*innen einer Stadtteilgruppe aus dem Bezirksverband Nord an, wird sich die eine oder andere Leser*in des Kampf- und Massenblattes des Bezirksverbandes Mitte fragen. Nun, der Wahlkreis für die Bundestagswahl ist so groß, dass er auch die Stadtteile Barmbek, Uhlenhorst, Dulsberg und Hohenfelde - in denen wir aktiv sind - umfasst. Diese Stadtteile allein umfassen 100 Mitglieder, die auf der für den 6. Februar ins Auge gefassten Wahlkreisauflistungsversammlung abstimmungsberechtigt sein werden. Deswegen gilt es für uns gemeinsam, Mitte und die genannten Stadtteile in Nord, die/den beste/n Kandidat*in für die Bundestagswahl zu finden. Dies frühzeitig zu tun, sehen wir als eine Aufgabe unseres Sprecher*innenkollektivs und des Bezirksvorstandes Mitte.

Was nun ist objektive Aufgabe einer/s Kandidierenden*den im Wahlkreis? Viele mögen sich wahrscheinlich fragen, ob überhaupt ein/e Kandidat*in der Linken eine Chance gegen die SPD oder die Grünen hat. Klar ist dies unwahrscheinlich, doch lassen uns die vergangenen Wahlkämpfe auf ein gutes Ergebnis der Linken in Hamburg und unserem Wahlkreis hoffen. Weniger als um den Gewinn des Direktmandates geht es, mehr um die möglichst maximale Ausbeute an Zweitstimmen für unserer Landesliste, um wie vor vier Jahren zwei Hamburger*innen, damals Fabio und Zaklin nach Berlin zu entsenden. Es muss also eine

oder ein profilierte/r möglichst uneitle/r Kandidat*in her!

Wir, das ist zuzugeben, hätten uns Fabio gewünscht. Um die Aufdeckung des Cum-Ex-Skandals um Hamburger Steuerbehörden mit der Warburg Bank, die Involvierung des SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz sowie Ex-Finanzsenator und heutigen ersten Bürgermeister Peter Tschentscher weiter voran zu treiben, z.B. hat sich Fabio auch für Hamburg verdient gemacht. Jedoch wird Fabio wahrscheinlich nicht wieder antreten. Er möchte sich neu orientieren, was ihm gegönnt und wozu ihm Glück zu wünschen ist.

Umso mehr brauchen wir nun jemand anderen, der oder die möglichst Hamburg weit bekannt, im Wahlkreis verankert und sich zutraut, sich mit den SPD-Kandidat*innen anzulegen. Uns ist besonders wichtig, dass die sozialen Verwerfungen, zwischen dem immensen Reichtum unserer Stadt bei gleichzeitiger Armut, im Bundestagswahlkampf Gehör finden. Zudem zeichnet sich eine

fachliche Perspektive einer/s Kandidat*in, in der Art wie es Jan van Aken mit seinem Einsatz gegen die Rüstungsexporte oder Fabio um die Aufdeckung von Finanzskandalen und dem Engagement für Steuergerechtigkeit vorgemacht haben, aus.

Wir, die Genoss*innen in Barmbek, auf der Uhlenhorst, auf dem Dulsberg sowie in Hohenfelde möchten gerne gemeinsam mit euch die Kandidat*innen-Suche mitgestalten. Im Bürgerchaftswahlkampf ist uns die Verteidigung des Mandats im Wahlkreis 9 gelungen. Lasst uns jetzt gemeinsam mit euch eine/n zugkräftige/n Kandidaten*in für die kommende Bundestagswahl finden.

Mit solidarischen Grüßen aus Barmbek!

Sprecher*innenkollektiv Stadtteilgruppe Barmbek
Antoine Schneider, Dino Ramm, Volker Honold

Anwohnerproteste gegen Baupläne des Hamburger Senates

Über 600 AnwohnerInnen folgten am letzten Samstag (21.11.) dem Aufruf verschiedener Stadtteilinitiativen, wie u. a. "St. Pauli selber machen" und "St.-Pauli-Code jetzt" zu einem "Walk of Shame" an umstrittenen Bau- und Investorenprojekten der Stadtteile St. Pauli und Sternschanze vorbei.

Der Protest richtete sich überwiegend gegen den Bau des sogenannten "Pauli-Hauses", in dem vier Firmen aus der Werbe- und Wohnungswirtschaft ihren zukünftigen gemeinsamen Sitz haben sollen. Dafür wird kleinteiliges Gewerbe abgerissen, und der jetzt vorhandene weitläufige Blick auf die restaurierte Alte Rindermarkthalle mit ihrem schönen Vorplatz mit einem überdimensionierten Gebäuderiegel an der Ecke Budapester Straße/ Neuer Kamp verstellt.

Vorbei am örtlichen SPD-Büro, welches mitverantwortlich dafür gemacht wird, das das Baupro-

jekt auf einer der wenigen noch städtischen Flächen vor der Veröffentlichung eingefädelt wurde - und eine öffentliche Planungsdiskussion und Mitbestimmung der Bewohner:innen des Stadtteiles zu verhindern versucht hat.

Vor einigen Jahren wurde in der Planung um den Wiederaufbau der abgerissenen "Esso-Häuser" an der Reeperbahn ein sogenannter "St.-Pauli-Code" in Anwohnerbefragungen und zig Stadtteilversammlungen entwickelt. Dieser sieht u.a. vor, dass ältere Gebäude nicht abgerissen sondern behutsam renoviert bzw. saniert werden und sich in weiteren Hausanbauten wiederfinden sollen.

Der "St.-Pauli-Code" soll auch verhindern, dass der Stadtteil weiteren "Investorenträumen" zum Opfer fällt als es ohnehin schon geschehen ist und Bewohner:innen-Interessen nicht berücksichtigt werden.

-ena

Aktiv für den Frieden am Wochenende 5./6. Dezember

Am 5. und 6. Dezember ist ein volles Friedenswochenende.

Hier die **Aktion in Hamburg** am 5.12.:

<http://www.hamburgerforum.org/seite/364926/friedenspolitische-termine-in-hamburg.html>, im Anhang das Flugblatt des HHer Forums. Alle bundesweit geplanten Aktionen und weitere Infos findet man unter <https://abruesten.jetzt/> und <https://www.friedenskooperative.de/aktion/aktions-tag-abruestung-2020>

Am 6.12. findet ein digitaler **Friedensratschlag** statt. Hier der Link mit Programm und Anmeldung: <https://www.friedensratschlag-digital.de/>,

Einladungstext unter <https://www.friedensratschlag-digital.de/intention-des-ratschlags/>

Mitgliedertreffen am 13.12.2020

Einige GenossInnen halten es für erforderlich noch im Dezember die folgenden Themen zu besprechen:

- 1.) Auswertung des ersten Teils des letzten Landesparteitages
- 2.) Ausblick Bundesparteitag
- 3.) Politische Folgen der Corona Krise
- 4.) Es gibt sicherlich noch weitere Themen die diskussionswürdig sind.

Wir haben dem Wunsch entsprochen. Deshalb gibt es am 13.12. ein Mitgliedertreffen.

Ort: Alevitische Gemeinde, Nobistor 33-35, 22767 Hamburg.

Zeit: 14:00 – 19:00

Wolfgang Strauß

i.A. Bezirksvorstand DIE LINKE Hamburg-Mitte

Wohnungsumwandlungen trotz Sozialer Erhaltungsverordnung

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB

Eigentlich ist der § 172 des Baugesetzbuches (BauGB) mal dafür geschaffen worden, von Abrissbaggern und Gentrifizierer:innen bedrohte (Altstadt-) Viertel zu schützen. Das geschieht in Hamburg einerseits „zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt“ durch eine *Städtebauliche Erhaltungsverordnung* und andererseits „zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung“ mittels einer *Sozialen Erhaltungsverordnung* (§ 172 Abs. 1 Nr. 1. u. 2. BauGB). Hier interessiert jetzt nur die letztgenannte Form, also die Soziale Erhaltungsverordnung (SozErhaltVO). Diese ist in Verbindung mit einer so genannten Umwandlungsverordnung zurzeit das einzige Instrument, mit dem die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und auch Luxusmodernisierungen stark eingeschränkt werden können. Deswegen hat die Hamburger Linksfraktion immer darauf gedrängt, möglichst viele Gebiete oder gleich ganze Stadtteile flächendeckend durch eine solche SozErhaltVO zu schützen.

Immer deutlicher zeichnet sich allerdings ab, dass es mit diesem Schutz nicht allzu weit her ist. Klar war immer, dass die Mietenexplosion durch eine SozErhaltVO direkt nicht beeinflusst werden kann. Doch nun zeigt sich leider, dass die Spekulant:innen und schamlose Hauseigentümer:innen einen Dreh gefunden haben, die Schutzfunktion der SozErhaltVO gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auszuhebeln, zumindest aber zeitlich zu verkürzen – durch eine kleine, aber nervende Stelle im § 172 im BauGB selbst. Dort heißt es im Absatz 4 Satz 3 Nummer 6 nämlich, dass von der Behörde eine Umwandlungsgenehmigung zu erteilen ist, wenn „sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren ab Begründung von Wohnungseigentum Wohnungen nur an die Mieter zu veräußern“.

Damit wird das in Hamburg geltende zehnjährige Wohnrecht der Mieter:innen nach Umwandlung und Verkauf ihrer Wohnung an Dritte faktisch auf sieben Jahre reduziert.

Inzwischen wird dieser Weg der Umwandlung einer Miet- in einer Eigentumswohnung in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung von immer mehr schamlosen Hauseigentümer:innen angewandt. Argumentierten wir bisher in der Annahme (und Hoffnung), dass die SozErhaltVO weitestgehend vor Umwandlungen und damit der Verdrängung von Mieter:innen aus ihrer Wohnung und oft ihrem angestammten Quartier schützen würde, müssen wir jetzt feststellen, dass das nur noch eingeschränkt der Fall ist. Zwischen 2015 und 2019 hat es in Hamburg insgesamt 588 behördliche Umwandlungsgenehmigungen in Sozialen Erhaltungsgebieten gegeben. 574mal wurde die Umwandlung mit dem o.a. § 172 Abs. 4 S. 3 Nr. 6 BauGB begründet. Hatten die Spekulant:innen und Verdränger:innen diesen Weg schon in den vergangenen Jahren eingeschlagen und für sich zu nutzen gewusst, ging es im letzten Jahr erst richtig zur Sache: Alleine in 2019 wurden 325 Umwandlungsgenehmigungen (von 588 seit 2015) erteilt. Wir müssen uns also warm anziehen, weil die Umwandlungsmafia offenbar ihren Königsweg gefunden hat. Wer die Zahlen im Einzelnen studieren möchte, schaut sich die Senatsantwort auf Heike Sudmanns Kleine Anfrage vom 17. November 2020 (Drs. 22/2078) an, im Netz zu finden unter https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73298/umwandlung_von_miet_in_eigentumswohnungen.pdf.

Schauen wir, wie die Bezirke mit dieser Entwicklung umgehen. Gebiete mit Sozialen Erhaltungs-

verordnungen gibt es zurzeit nur in vier von sieben Bezirken:

- in Altona mit 6 Gebieten (Sternschanze und Osterkirchenviertel seit 2013, Altona-Altstadt seit 2014, Bahrenfeld-Süd und Ottensen seit 2016, Altona-Nord seit 2019);
- in Eimsbüttel mit 2 Gebieten (Eimsbüttel-Süd seit 2014, Eimsbüttel/Hoheluft-West/Stellingen-Süd seit 2018);
- in Wandsbek mit dem jüngsten Gebiet (Eilbek seit 2020);
- in Hamburg-Mitte mit 4 Gebieten (Südliche Neustadt seit 1995, St. Georg und St. Pauli seit 2012, Nördliche Neustadt seit 2018).

Zweifelhafter „Spitzenreiter“ in der Umwandlungspraxis ist Altona. Dort hat das Bezirksamt in den Jahren 2015 bis 2019 genau 306mal grünes Licht gegeben (gefolgt von Eimsbüttel mit 232 Genehmigungen in diesen Zeitraum). Unter Einbeziehung der jüngsten Daten ergibt sich, dass im Bezirk Altona zwischen 2015 und Oktober 2020 von beantragten Umwandlungen für 442 Wohneinheiten sage und schreibe 417 genehmigt worden sind. Jeder Antrag sozusagen (fast) ein Selbstgänger! *Immerhin*, könnte angemerkt werden, erstmals überhaupt sind Umwandlungsanträge im laufenden Jahr abgelehnt worden (nämlich 13 von 134) – das geht also auch. Diese empörenden Zahlen hat übrigens Wolfgang Ziegert ans Tageslicht gefördert, unser Abgeordneter der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona. Wer dessen betreffende Anfrage kennenlernen möchte schaut sich die bezirkliche Drs. 21-1407 vom 9. November 2020 an, im Netz unter <https://sitzungsdienst-altona.hamburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1010647>.

Und was macht das Bezirksamt Hamburg-Mitte? Bisher wissen wir, dass zwischen 2015 und 2019 „lediglich“ Umwandlungsanträge für 50 Wohneinheiten genehmigt worden sind, ebenfalls mit zunehmender Tendenz – alleine 2019 waren es 26. Auch hier ein *immerhin*, ist der Bezirk doch – zumindest bis 2019 – der einzige gewesen, der unter Drohung mit dem städtischen Vorkaufsrecht nach § 27 BauGB (Abwendung des Vorkaufsrechts) erreichen konnte, dass für 11 Wohneinheiten ein Verkaufsverbot bis 2034 vereinbart wurde. Noch liegen uns für den Bezirk Mitte nicht die detaillierten Ergebnisse wie in Altona vor, aber es ist tunlichst zu bezweifeln, dass die geringeren Umwandlungszahlen einem besonderen sozialen Engagement der hiesigen „Deutschlandkoalition“ zu verdanken wären. Im Anfang Dezember 2019 von der SPD, CDU und FDP unter-

zeichneten Koalitionsvertrag heißt es gleich auf Seite 2: „Alle Menschen sollen sich das Wohnen in Hamburg-Mitte leisten können. Sozialwohnungen müssen ebenso verfügbar sein wie die Möglichkeit, selbstgenutztes Wohneigentum zu erwerben. Die Koalition spricht sich für die Vielfalt der Angebote aus.“ Ah ja, alles ist gleichwertig, egal ob Sozialwohnungen oder Eigentumswohnungen, wir schränken da nichts ein. Und genau das ist der Punkt, mit dieser sozialdemokratisch-rechtsbürgerlichen Bezirkskoalition ist davon auszugehen – und dessen bin ich gewiss – dass mit den zunehmenden Umwandlungsanträgen in Mitte auch die Genehmigungen in Zukunft nur so prasseln werden. Insofern sollte gerade auch im Bezirk Mitte auf diese drohende Entwicklung hingewiesen werden.

Unverantwortlich gegenüber Mieterinnen und Mietern

Die wenigsten Mieter*innen können sich eine Eigentumswohnung leisten. Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen bedeuten meist die Verdrängung der Bewohnerinnen und Bewohner. Auf der anderen Seite ist es ein lukratives Geschäftsmodell, Häuser zu kaufen, sie in einzelne Wohnungen aufzuteilen und dann teurer an Privat zu verkaufen. Entweder wird in der Zwischenzeit entmietet oder später wegen Eigenbedarfs gekündigt.

Ausführung von Caren Lay vom 27.10.2020 zur anhaltenden Debatte um ein neues Baulandmobilisierungsgesetz; Caren Lay ist Co-Vorsitzende und Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

(<https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/umwandlungsverbot-gestrichen-bund-gibt-immobilienlobby-nach/>)

Für DIE LINKE ist klar, so geht es nicht weiter, nicht im Bezirk, nicht in Hamburg, nicht im Bund. Tatsächlich tobt auf Bundesebene gegenwärtig die Auseinandersetzung um das – etwas sperrig klingend – Baulandmobilisierungsgesetz. Ursprünglich sollte darin auch ein Umwandlungsverbot verankert werden, dies ist aber auf Veranlassung von Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) kurzfristig aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden. Noch hält das Ringen darum im Deutschen Bundestag an. Was auch für uns ein Anlass sein sollte, die Forderung für ein absolutes Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen für die nächsten Wochen noch einmal stark in den Vordergrund zu rücken. Mit der erwähnten Kleinen Anfrage haben wir als Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft einen Aufschlag gemacht und in einer ersten Pressemit-

teilung am 26. November 2020 Stellung bezogen (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/hunderte-miet-in-eigentumswohnungen-umgewandelt-und-das-in-gebieten-mit-sozialen-erhaltungsverordnungen/>).

Der Verfasser dieser Zeilen weiß, was es heißt, aus seiner Wohnung zu fliegen, wenn sie in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird. Auch er hat diese Erfahrung nach fast nahezu 30 Jahren in „seiner“ Wohnung in St. Georg machen müssen –

und darüber einen persönlich gehaltenen, zweiteiligen Bericht für den „BürgerInnenbrief“ (BB) geschrieben. Hier der Link zum BB vom 11. November 2008 (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/03/BB13vom11-11-08.pdf>) und vom 13. Januar 2019 (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/03/BB16vom13-01-09.pdf>).

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Der Landesparteitag (LPT) hatte in seiner letzten Legislatur die Abstimmung zur Wahl des vom Bezirk Hamburg-Mitte vorgeschlagenen Kandidaten satzungswidrig abgesetzt.

Daraus folgte, nachdem Appelle nicht fruchteten, ein Schiedsverfahren vor der Landesschiedskommission (LSK). Die LSK hatte die mündliche Anhörung der Antragssteller zu dem Themenbereich nicht vorgesehen. Dieses stellt einen denkwürdigen Verfahrensablauf seitens der LSK dar, da das Recht des Antragsstellers auf rechtliches Gehör missachtet wurde.

Auf die eigentliche Frage der Satzungsauslegung antwortete die LSK in ihrer Entscheidung nicht, sondern biss sich an der Person Kristian Glaser fest. – Wohlgermerkt: Das war überhaupt nicht unsere Frage, die es zu klären galt!

Es war nicht die Frage ob der Bezirk Hamburg-Mitte die Person, die die Bezirksmitgliederversammlung vorgeschlagen hat, direkt entsenden kann. Sondern es ging um die Frage, ob der LPT den Tagesordnungspunkt – nach der ersten Sitzung – von der Tagesordnung absetzen kann, obwohl diese Position noch nicht besetzt war.

Dazu war in der Entscheidung der LSK nichts zu lesen. Unser Ansinnen wurde von der LSK abgelehnt.

Daraufhin wurde das Verfahren bei der Bundesschiedskommission (BSK) eingereicht und dort verhandelt. Das Ergebnis lautet:

Die Entscheidung des LPT verletzt geltendes Recht!

Somit ist geklärt, dass selbstverständlich der Bezirk Hamburg-Mitte seinen Kandidaten auf jeder

Sitzung des Landesparteitages zur Abstimmung stellen kann. – Das hätte man wahrlich einfacher haben können! Ein Blick in die Landessatzung hätte genügt: §15(1)d.

In der Begründung der BSK wurde z.T. erhebliche Kritik an den Verfahrensabläufen und an der Rechtsfindung der LSK geübt. Da stellt sich die Frage, ob das Personal, das in die LSK gewählt wurde, die nötige Distanz und Neutralität besitzt um wichtige Dinge im Landesverband zu klären. Das ist bei der Neuwahl der LSK auf einer der nächsten Sitzungen des LPT zu beachten.

In diesem Zusammenhang fiel das Verhalten auf dem letzten LPT von Herbert Schulz, dem Vorsitzenden der LSK, auf, der versuchte in seiner Funktion eine Wahlbeeinflussung vorzunehmen. Er missbrauchte das schwebende Verfahren bei der BSK, um eine von der BSK entworfene Kompromisslösung bis zur Unkenntlichkeit zu verbiegen und wichtige Teile nicht nannte, um den Bezirk Hamburg-Mitte zu einer anderen Personalentscheidung noch auf dem LPT zu bringen. – Das wurde vom Bezirk abgewehrt und entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage.

Es hat sich gezeigt, dass die LSK dringend einen neuen Vorsitzenden braucht, der die nötige Neutralität, die dieses Amt benötigt auch mitbringt.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Jörg Günther (Beschwerdeführer des Bezirks)

Da könnte ich als (Noch-)Mitglied der LSK einiges anmerken. aber ich werde das Beratungsgeheimnis wahren und diese Debatte nicht öffentlich befeuern. -besel

In eigener Sache: Sprachliches Gendern

Ihr findet in dieser Ausgabe mehrere verschiedene sprachliche Weisen, die Gendergerechtigkeit voranzubringen. Das große Binnen-I (alt), das Sternchen (neu) und den Doppelpunkt (in der

Partei inzwischen vielfach üblich).

Kommentare zur bevorzugten/gewünschten Verfahrensweise **erbeten** an die Redaktion.

Nächtliche Ausschreitungen am Wochenende 31.10./01.11.20 im Süderelberaum

Am Wochenende vom 31.10.2020 auf den 01.11.2020 kam es in Hamburg-Harburg und auch in Wilhelmsburg zwischen 23 Uhr und 6 Uhr morgens zu nächtlichen Ausschreitungen und zu Dauereinsätzen der Polizei Hamburg. Derartige aktuelle nächtliche Ausschreitungen sind auf den neuen Lockdown aufgrund von Covid 19 und die aktuellen ab dem 26.10.2020 erneut verschärften Rechtsverordnungen in Hamburg und auch den weiteren bundesweiten ab dem 01.11.2020 geltenden weiteren Verschärfungen zurückzuführen. Aufgrund des neuen und aktuellen Versammlungsverbot an öffentlichen Plätzen und Orten kam es durch die örtliche Polizei zu zahlreichen Platzverweisen. In der Folge versammelten sich jene Störer wiederum erneut an anderen Orten und begannen damit, Böller, Sprengkörper, Knallkörper auf Fahrzeuge des HVV zu werfen. Zu allem Übel fuhren zwischen Harburg und Wilhelmsburg die S-Bahnen nicht und wurden durch Ersatzverkehre von Bussen ersetzt. Diese Busse waren enormen Auswirkungen durch Störer und deren Knallkörper ausgesetzt. Die Polizei wurde von der Bereitschaftspolizei und auch von der Bundespolizei unterstützt. Derartige Ausschreitungen scheinen sich zur Regel zu entwickeln. Wenn die Polizei es nicht mehr schafft, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus § 3 SOG durchzusetzen, kippt allmählich in Hamburg das Gewaltmonopol des Staates.

Das **Gewaltmonopol des Staates** bezeichnet in der Allgemeinen Staatslehre die ausschließlich staatlichen Organen vorbehaltene Legitimation, physische Gewalt auszuüben oder zu legitimieren. Das staatliche Gewaltmonopol gilt in Deutschland als „Staatsgewalt“ nach Art. 20 GG für das Funktionieren des Rechtsstaates und wird durch die Polizei und Justiz ausgeübt. Wenn diese Organe es aber nicht mehr schaffen und die Grenzen durchbrochen werden, dann sind wir massiv bedroht aus Art. 20 IV GG und dem muss Einhalt geboten werden. Den Rechtsbegriff selbst hat der Soziologe Max Weber im Jahr 1919 in seinem Vortrag *Politik als Beruf* geprägt. Das staatliche Gewaltmonopol ist aber in seinem Wesensgehalt – als Folge staatlicher Souveränität – bereits bei Jean Bodin in seiner Schrift *Sechs Bücher über den Staat* (1576) und bei Thomas Hobbes, so im *Leviathan* (1651) angelegt.

Die Idee des Gewaltmonopols will, dass die Angehörigen eines Gemeinwesens darauf verzichten, Gewalt (z. B. im Wege der Selbstjustiz) auszuüben. Die Angehörigen verzichten darauf,

tatsächliche oder vermeintliche Rechte und Ansprüche durch individuelle Ausübung von Zwang durchzusetzen. Vielmehr überträgt in Deutschland das Volk in Art. 20 GG „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ seinen Schutz und deren Durchsetzung ganz auf die staatlichen Judikativ- und Exekutivorgane; also an Gerichte beziehungsweise Polizei und Verwaltung. Diese wiederum sind in einem demokratischen Rechtsstaat an das von der Legislative sanktionierte Recht und Gesetz gebunden.

Die Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols begann mit der Staatsentstehung als solcher. Seit der Frühen Neuzeit hat sich in Europa der Staat allmählich als einziger Gewaltinhaber gegenüber anderen sozialen Kräften durchgesetzt. Das Gewaltmonopol hat vorherige Formen der Konfliktbeseitigung wie Fehde und Blutrache als Mittel der Rechtsdurchsetzung abgelöst. Die Rechtsordnung demokratischer Staaten kennt auch Ausnahmen vom Gewaltmonopol des Staates. Dazu zählt etwa das Recht, sich mit Gewalt gegen rechtswidrige Angriffe zu wehren (Notwehr) und sich vor sonstigen Gefahren zu schützen (Notstand) §§ 32,34 StGB. Das Bürgerliche Gesetzbuch definiert einzelne Ausnahmefälle, in denen Bürger im Wege der Selbsthilfe die Realisierung privater Ansprüche gewaltsam durchsetzen dürfen. Diese Ausnahmen stehen jedoch nicht in einem echten Widerspruch zum Gewaltmonopol. Denn einerseits gelten Notwehr, erklärender Notstand und rechtfertigender Notstand immer nur dann, wenn der Staat die zu schützenden Interessen nicht schützen kann. Andererseits beziehen die Ausnahmen ihre Legitimation vom Staat, der Vollzugsbeamte als Inhaber der unmittelbaren Staatsgewalt für seine Bürger zuvor (*ex ante*) definiert hat.

Als **Schwacher Staat** (synonym **fragile Staatlichkeit**) werden Regime eines Staates bezeichnet, die bestimmte, als notwendig für das Staats- und Gemeinwohl erachtete Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nur noch in einem unzureichenden Maße erfüllen. Es mangelt dem Staat an der Fähigkeit, für die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Man kann so das Unvermögen des Staates erkennen, seinen Wohlfahrtsaufgaben nachzukommen. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf seit März 2020 und laufend.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Dies sind die regelmäßigen Termine. Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten.

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall *findet wieder statt!*

Samstag, 5.12., 12:30 bis 14:30 Uhr

Aktionstag der Friedensbewegung
Rathausmarkt (Flyer im Anhang)

Dienstag, 08.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"
Anderer Sitzungsort!

Donnerstag, 10.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
digital, siehe besondere Einladung

Montag, 14.12., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 *entfällt*

Mittwoch, 16.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9, *evtl. online*

Mittwoch, 16.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 17.12., 17:30 Uhr

Sitzung der Bezirksversammlung
(wahrscheinlich wieder im **Livestream**)

Dienstag, 22.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Januar 2021

Montag, 11.01., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 12.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 14.01., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 20.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 20.01., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Dienstag, 26.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"
Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX



Den Rüstungsetat senken! Soziale und ökologische Probleme lösen!

Die Konfrontationspolitik des Kalten Krieges ist zurück. Aggressiver Nationalismus breitet sich aus. Armut und soziale Ungleichheit spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie zeigt, dass soziale und ökologische Schutzschichten des menschlichen Lebens auch bei uns dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden durch die USA aufgekündigt. Neue, noch gefährlichere Atomwaffen werden weltweit und auch in Deutschland stationiert. Die Militärausgaben erreichen neue Rekordhöhen; im Jahr 2019 betragen sie weltweit rund 1,92 Billionen US-Dollar, wovon ca. die Hälfte von den NATO-Mitgliedstaaten ausgegeben wurde. Mit 732 Milliarden US-Dollar betragen die Rüstungsausgaben der USA fast das Dreifache der chinesischen und mehr als das Elffache der russischen. Deutschland liegt auf Platz sieben und hatte 2019 den höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Staaten, und der Rüstungsetat soll weiter kräftig gesteigert werden. Bei den Waffenexporten erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf. Der Wahnsinn muss gestoppt werden. Andernfalls lassen sich die notwendigen sozialen und ökologischen Reformen nicht finanzieren.

Auf- und Hochrüstung sind keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verschärfen die Gefahr neuer Kriege und verschwenden wertvolle Ressourcen, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden – für den Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Die doppelte Gefahr eines Selbstmords der menschlichen Zivilisation ist denkbar geworden, durch die Hochrüstung genauso wie durch die unge lösten sozialen und ökologischen Krisen.

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um globale Gerechtigkeit zu schaffen und dauerhaft Abrüstung und Frieden zu verwirklichen. Für eine neue Entspannungspolitik in gesamteuropäischer Perspektive ist eine solidarische Gesellschaft notwendig, nicht Spaltung und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus.

Europa muss zu einem zivilen Friedensprojekt werden. Verantwortung übernehmen heißt deshalb: Abrüsten statt aufrüsten.

Im November 1980 wurde der „Krefelder Appell“ veröffentlicht, der in den folgenden Jahren von mehr als fünf Millionen BundesbürgerInnen unterstützt wurde. Damals lehnte die Friedensbewegung die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ab. Heute fordern wir, dass Deutschland und die europäischen Staaten dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Und wir wenden uns gegen das NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Ziele auszugeben.

Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Der Rüstungsexport in Krisenregionen, an kriegsführende Staaten und an diktatorische oder autokratische Regime muss schnellstmöglich beendet werden. Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland, den Abzug der US-Atombomben und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus.

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation – in Kitas, Schulen und Hochschulen, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft.

Anlässlich der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag fordern wir, den Rüstungsetat zu senken. Das Geld wird für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft benötigt.

**Wer den Frieden will,
muss für den Frieden kämpfen.**

Dezentraler Aktionstag der Friedensbewegung

Samstag, 5. Dezember

Hamburg, 12.30 bis 14.30 Uhr

Rathausmarkt

Bitte haltet euch an die Hygieneregeln wie den Mindestabstand und die Maskenpflicht.

**Es sprechen u. a.: Klaus Wicher, SoVD;
Christoph v. Lieven, Greenpeace; Berthold
Bose, ver.di; Annika Rittmann, Fridays for
Future; Monika Koops, Volksinitiative**

**Es singt der Chor Hamburger
GewerkschafterInnen**

